



04.12.2009

GESUNDHEIT: Die Krankenversicherung wird im nächsten Jahr teurer **Experten rechnen damit, dass zahlreiche Kassen Zusatzbeiträge erheben**

POTSDAM - Doris Pfeiffer, Vorsitzende des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, hat das ausgesprochen, womit viele Experten schon seit längerem rechnen: Im kommenden Jahr werden wohl viele Krankenversicherte tiefer in die Tasche greifen müssen. Die finanzielle Lage der Kassen sei kritisch, sagt Pfeiffer. Sie gehe „deshalb davon aus, dass wir im nächsten Jahr im großen Maße Zusatzbeiträge bekommen werden“, sagte die Verbandschefin gegenüber der „Berliner Zeitung“.

Ein Finanzloch von rund 7,5 Milliarden Euro klafft Schätzungen zufolge 2010 im Gesundheitsfonds. Etwa die Hälfte will der Bund mit Steuermitteln ausgleichen. Für den Rest werden wohl auch Versicherte zur Kasse gebeten – mit Zusatzbeiträgen von bis zu einem Prozent ihres Einkommens.

„Dass der Gesundheitsfonds nicht ausreicht, das ist mal klar“, sagt Martin Plass von der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) in Brandenburg. Auch er rechnet damit, dass 2010 „eine ganze Reihe von Kassen den Zusatzbeitrag“ brauche. Gerüchte, wonach die DAK selbst ab Februar einen solchen Beitrag erheben müsse, wies Plass allerdings zurück.

Die DAK, die in Brandenburg knapp 260 000 Versicherte hat, wird zum 1. Januar mit der Hamburg Münchener Krankenkasse zusammengehen. Für die dann neue Kasse könnten jetzt noch keine Zusatzbeiträge beschlossen werden, sagte Plass. Diesbezüglich stünde noch nichts Konkretes auf der Tagesordnung.

Die AOK Brandenburg, die sich zu Jahresbeginn mit den Berliner Kollegen zusammenschließt, bekräftigte indes, 2010 ohne Zusatzbeiträge auskommen zu wollen. Vorausgesetzt, es gebe „im Gesundheitsbereich kein totales politisches Erdbeben“, das die Regeln ändert, erklärte Jörg Trinogga. Der AOK-Sprecher mahnte aber: „Die Bundespolitik muss sich einen Kopf machen, wie man die Ausgabensteigerung begrenzt“.

Kritik gab es auch vom Gesundheitsexperten der SPD, Karl Lauterbach. Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) würde darüber nachdenken, „wie mehr Geld vom Bürger besorgt wird“, statt Sparvorschläge zu machen, sagte Lauterbach. Martina Bunge von der Linken warf der Bundesregierung vor, tatenlos zuzusehen, wie die Krankenversicherten „geschöpft“ würden.

Nach Auskunft des Bundesversicherungsamtes, das Zusatzbeiträge genehmigen muss, seien bisher keine neuen Anträge eingegangen. Einzig eine kleinere Betriebskrankenkasse in Köln hatte im Sommer einen Zusatzbeitrag beantragt. (mit ddp/dpa) (Von Ute Sommer)

Ihre Meinung ist gefragt!